

AR-Joern-027-113

מצאי: 4480

קרטיס מצאי: 49656

מחשב: 53549

9

גליון של כתב העת

(MB) Mitteilungsblatt

ביטאון של "ארגון יוצאי מרכז

אירופה".

מס' 32 תאריך: 9.8.1979

**KORCZAK-FILM :
URAUFFÜHRUNG IN ISRAEL**

Der in Berlin ansässige Filmproduzent Arthur Brauner gab bekannt, dass die von ihm initiierte Verfilmung des Theaterstückes „Korczak und die Kinder“ von Erwin Sylvanus (Filmtitel „Der Märtyrer“) im September dieses Jahres vor 2000 geladenen Gästen in Tel Aviv ihre Uraufführung haben wird. Es handelt sich um ein Projekt mit internationaler Besetzung. Im Mittelpunkt steht der bekannte jüdisch-polnische Kinderarzt Korczak, der in Auschwitz vergast wurde.



דמי חזרה טובתים ת"א ת.ד. 1480	שולם תל אביב יפו Tel-Aviv-Yafa 102
-------------------------------------	---

ידעות של ארגון עולי מרכז אירופה
Wochenzeitung des Irgun Oley Merkaz Europa

Tel-Aviv • P.O.B. 1480 • Jahrgang XLIII • Nr. 32 • Preis IL 1.— • 9. August 1974 • כ"א באב תשל"ד

Sebastia und die Folgen

Es scheint, will man den Reden führender Mitglieder unserer Regierung folgen, als seien die Uhren wieder auf Krieg gestellt. Über eines nämlich hat der veruchte Partisanenvorstoß nach Sebastia in unmittelbarer Nähe der arabischen Stadt Nablus Klarheit gebracht: Das Wort und der Begriff Nessiga — Rückzug oder gar territorialer Verzicht — ist und bleibt weiterhin tabu in Israel. Jedenfalls war die Behandlung der ganzen unseligen Affäre, von welcher Seite auch immer, in keiner Hinsicht dazu angetan, die Absichten unserer Regierung in Richtung auf einen Frieden oder selbst nur einer Lösung der territorialen Probleme zu verdeutlichen. Leider und sehr bedauernder Weise muss man feststellen, dass weder das verantwortungslose Vorgehen bestimmter Bevölkerungs- und Parteikreise noch das Verhalten der Regierung dazu beigetragen haben, dass Misstrauen unserer arabischen Nachbarstaaten gegenüber den politischen Absichten Israels abzubauen. Denn eines steht fest, wenn es eine Notwendigkeit erforderte, klar und deutlich und mit autoritärem Gewicht zu erklären, ob und wo auf besetztem Gebiet Siedlungen entstehen dürfen und sollen, so ist diese Gelegenheit vertan worden.

Die Analyse dieses in jeder Hinsicht beschämenden Schauspiels wirft einige Fragen auf, um die wir als Gesamtheit nicht herumkommen, und bei denen es nicht genügt, sie als nationalen Verrat abzutun. Zunächst einmal muss es jedem Betrachter verständlich bleiben, wie eine Auto- und Lastwagenkolonne von 35 Familien mit 55 Kindern und der „dazu“ gehörigen Fracht an Proviant, Zelten, Decken und sogar Stacheldraht ohne behördliche Genehmigungen ungestört ins besetzte Westufer bis zur al-

ten türkischen Eisenbahnstation vordringen konnte. Und wie war es möglich, dass angeblich unsere Militärverwaltung nicht wusste, was Television und Radio bekannt war? Dass dieser wilde Siedlungsversuch nichts anderes als eine Provokation der Regierungspolitik darstellte, musste doch allen Instanzen von vornherein deutlich sein! Wieso also bestand keine Möglichkeit, das ganze Samaria-Gebiet rechtzeitig hermetisch abzuriegeln? Und ebenso ist schwer zu begreifen,

dass nicht nur die 35 angeblichen Siedler mit ihrem Gefolge, sondern auch Hunderte, ja Tausende von Sympathisanten sogar zu Fuss unangefochten nach Sebastia gelangten.

Hinzu kommt die etwas eigenartige Verhandlungs- und Verschleppungsstaktik des Sicherheitsministers. Für Sebastia lag keine Genehmigung und kein Regierungsbeschluss vor, doch wäre, wie der Minister zunächst in Aussicht stellte, die Ansiedlung an einem anderen Platz in

der gleichen Gegend, im Lager Josef an der Grenze des Schomron und der Jordansenke, nicht ausgeschlossen. So sehr wir es auch begrüßen, dass die Räumung von Sebastia ohne Blutvergiessen abgeschlossen werden konnte, so bedenklich stimmen uns doch die Begleitumstände mit dem immer wieder verlängerten Ultimatum des Militärs, das erst die „bedingungslose“ Räumung am Ende des Tische beAw verlangte, und die Art und Weise, in der sich die „Siedler“ dann schliesslich am Sonntag früh abschleppen liessen.

Noch schwerer wiegt allerdings die Tatsache, dass mehr als ein Dutzend Knessetabgeordnete unter Ausnützung ihrer parlamentarischen Immunität ihre Hand einem ungesetzlichen Akt liehen. Bisher haben wir noch nicht ein Wort vernommen, dass die Absicht besteht, diesen flagranten Rechtsbruch gebührend zu ahnden. Will man und wird man das so einfach hinnehmen und unter die Parteiführern und Abgeordneten zulässigen politischen Mittel verbuchen? Denn darüber kann ja wohl kein Zweifel bestehen, dass diese Angelegenheit von langer Hand vorbereitet, geplant und durch organisierte Kreise auch finanziell abgestützt worden ist.

Wenn es stimmt, dass sogar beabsichtigt war, einen Generator mit allem Zubehör für Stromerzeugung nach Sebastia zu bringen, so sollte sehr genau untersucht werden, woher die Mittel stammen, die derartige Investitionen ermöglichen. Mit allem Nachdruck und schärfstens muss doch in unserer augenblicklichen wirtschaftlichen und finanziellen Situation darauf geachtet werden, dass keine Summen für zweifelhafte Zwecke vergeudet werden. Das sollten eigentlich auch die Extremen in unserem Staate

(Schluss auf Seite 8)

Doppelspiel mit den Palästinensern

Arafat war erstmals als Staatsgast in Moskau. Die Tatsache als solche charakterisiert bereits die Aufwertung der PLF (Palestine Liberation Front) in der internationalen Politik. Die Sowjets gestatten ihr nunmehr die Eröffnung einer Zweigstelle in der russischen Hauptstadt und haben die Lieferung von „Verteidigungswaffen“ neuester Bauart zugesagt (Boden-Luft-Raketen sowie Panzerabwehr-Kanonen). Gleichwohl war das Zeremoniell nur „zweitklassig“. Arafat wurden (noch) keineswegs die einem zukünftigen Staatsoberhaupt zukommenden Ehren erwiesen, und die „Istwestja“ erklärte in einem international vielbeachteten Artikel, dass sich Moskau zwar der Errichtung eines „bürgerlich-palästinensischen Staates“ im Westufer-Gebiet widersetze, liess jedoch kein Wort darüber verlauten, dass es überhaupt die Errichtung eines Staates zwischen der israelischen Ostgrenze und dem Jordan befürworte. Arafat wurde die Anerkennung versagt, auf die er gehofft hatte. Ob der Kreml die ideologischen Differenzen und Haarspaltereien zwischen den verschiedenen Terror-Organisationen für so schwerwiegend hält, dass ihm Arafats politische Zukunft noch keineswegs gesichert erscheint, ob es vorsichtige Taktik ist, die eine Herauskristallisierung der ägyptischen Politik in der Palästinenser-Frage abwartet, ehe Moskau sich entscheidet, oder ob beide Erwägungen eine Rolle spielen, werden die nächsten Wochen zeigen.

Die Zwiespältigkeit und Kompliziertheit der Nahost-Szene in diesen Tagen beweist einmal das Sadat-Hussein-Communiqué, das dem jordanischen König die alleinige Entscheidungsgewalt über die in seinem Staat lebenden Palästinenser zugestand, andererseits die angebliche Erklärung des ägyptischen Außenministers, dass in die von Israel zu räumenden Gebiete im Westufer-Gebiet „selbstverständlich“ die Palästinenser, vertreten durch die Terrororganisationen, einzürücken bzw. dort das Regime in die Hand nehmen dürfen.

Aus den vielfach widersprüchlichen Auslassungen auch massgeblicher arabischer und sowjetischer Politiker lässt sich vorerst nur eines herauslesen: die Vorsicht und der Wunsch, sich nicht vorschnell festzulegen, sondern abzuwarten, weil sich „am Jordan etwas zusammenbraut“: einerseits die Gerüchte (und spätere Dementis) über eine bereits angebahnte Fühlungsnahme zwischen Israel und Hussein, andererseits die Bemühungen um den Aufbau einer wirksamen „Gemeinschaftsfront“ gegen Israel, bei der Syrien die treibende Kraft ist, aber Jordanien die Schlüsselstellung hat. Das zwingt sowohl Kairo wie Moskau zu vorsichtigem Taktieren und zu Versprechungen an die Palästinenser, die zwar mehr sind als blosse Lippenbekennnisse, der PLO jedoch nicht zu einem Freibrief für Losschlagen verhelfen. Noch sitzt Hussein in Amman auf dem Thron und gestützt auf seine Beduinen und mit Rückendeckung durch die USA fühlt er sich einigermaßen sicher. Am Golan und am Jordan zieht sich somit nicht nur die von den arabischen Ultras aufgebaute Konfrontationsgrenze hin, sondern auch die unsichtbare Demarkationslinie zwischen den Interessensphären der Supermächte. Sie ist es, die alle Beteiligten vor übereilten Schritten abhält.

Kann der Baustopp durchgeführt werden ?

Im Rahmen der neuen Wirtschaftspolitik der Regierung, die im Inflationsschub fiebernde Wirtschaft wieder in den Griff zu bekommen, hatte Wohnbauminister Abraham Offer am 3. 7., also vor einem Monat, eine vorläufig auf ein halbes Jahr, bis zum 31.12.74 geltende Verordnung erlassen, derzufolge der Neubau von Wohnungen, die grösser sind als 110 qm, sowie von öffentlichen Bauvorhaben verboten. Ein Expertenausschuss unter dem Vorsitz von Zwi Oren wurde eingesetzt, um bereits begonnene Grossobjekte unter die Lupe zu nehmen und gegebenenfalls zu beschliessen, wann und ob ihr Bau zeitweilig, d.h. auf ein halbes Jahr, einzustellen ist.

Ziel dieses Baustopps ist es, die überforderte Bauwirtschaft zu entlasten, die Fläche der geplanten Vorhaben um 25% auf 6 Millionen qm zu reduzieren und auf einen Kostenaufwand von 11 Milliarden IL herabzusetzen. Bisher war die Bauwirtschaft so voll ausgelastet, dass ihre Kapazität nur zu 70% reichte. Die Folge davon war (und blieb) ein erheblicher Preisauftrieb, der sich auf den beschleunigten Bau von billigen Sozialbauten und Wohnungen nachträglich auswirkte. Die Inlandsproduktion von ca. 2 Millionen Tonnen Zement war kaum ausreichend und musste durch den Import von ca. 250 000 t Zement aufgestockt werden. Auch die Eigenherstellung von Baustahl war nicht genügend. Zu den in der „Stahlstadt“ in Akko hergestellten 160 000 t mussten noch zusätzliche 90 000 t Baustahl und Eisen eingeführt werden, obwohl die Importpreise erheblich gestiegen sind, was zu Verschwendung von Devisen führt. Der Inlandsanstoss von ca. 55 Millionen qm Boden- und Wandfliesen erwies sich als zu klein, und 30% der Nachfrage mussten durch Import gedeckt werden. Die Firma Harsa in Beer Scheva z.B. konnte mit der Produktion von 45 000 neuen Badewannen und 140 000 Waschbecken im Jahr den Inlandmarkt nicht voll beliefern. Der Nachfragerüberhang musste durch Einfuhr aus dem Ausland, besonders aus Italien, gedeckt werden.

70 000 jüdische Bauarbeiter wurden durch 15 000 Kollegen aus den arabischen Gebieten verstärkt, aber auch das war kaum ausreichend. Bei den öffentlichen Ausschreibungen zur Errichtung von billigen Sozialwohnungen fanden sich oftmals keine Bewerber, die bereit waren, zu den festgesetzten Preisen die Projekte durchzuführen. Allein im Raum Tel-Aviv konnten 15 000 geplante Neubauwohnungen nicht errichtet werden, weil sich

keine leistungsfähigen Bauherren bereit fanden, die für junge Ehepaare und neue Einwanderer notwendigen Wohnungen zügig zu errichten. Während am Rohbau allenfalls schneller gearbeitet werden konnte, weil Maschinen die Arbeiter ersetzen, entstanden bei den Fertigungsarbeiten erhebliche Engpässe, weil es zu wenig Elektriker oder Fliesenleger oder Facharbeiter für Spritz- und Tüncharbeiten gibt.

12 Projekte abgeblasen

Die Expertenkommission, die mit voller Rückendeckung von Wohnbauminister Offer handelt, beschloss vorerst den Bau von neuen Vorhaben an den verschiedenen Universitäten einzustellen. Die vom Staat erheblich subventionierten Hochschulen haben in den letzten Jahren recht ehrgeizige Bauvorhaben durchgeführt. Sie haben sich bis über den Kopf verschuldet. Minister Offer musste sich nicht sonderlich anstrengen, um bei Finanzminister Rabinowitz die Schliessung des Geldhahns durchzusetzen.

Nachher kamen öffentliche Bauvorhaben an die Reihe. Sie wurden auf das Stadium ihrer Fertigstellung durchleuchtet, um eventuelle Schäden zu vermeiden. In diesem Rahmen wurden 30 Grossprojekte begutachtet, bei 12 wurde Baustopp verfügt. Hier ist der Kommission anscheinend ein Schnitzer unterlaufen, weil nicht nur technische Überlegungen den Ausschlag geben sollten, sondern auch wirtschaftliche Belange in Rechnung zu ziehen sind. Das Grossprojekt der neuen zentralen Busstation in Tel-Aviv z.B. ist kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit. Die Fertigstellung dieser Station ist ohnedies bereits zwei Jahre überfällig. Ende 1975 sollte dieses Grossunternehmen seiner Bestimmung übergeben werden. Jetzt hat die Kommission den Baustopp verhängt und den Bauherren nur die Fertigstellung des öffentlichen Unterstandes ermöglicht. Verkehrsminister Jakobi hat sofort interveniert, und es ist anzunehmen, dass sich die Gesamtregierung mit diesem Problem befassen wird.

Ueber das Schicksal von fünf weiteren grossen Bauvorhaben einschliesslich dem aufwendigen DZengoff-Centre wird die Oren-Kommission noch diese Woche beraten und beschliessen. Die Tendenz ist auch hier, Baustopp zu verhängen. Anders liegt die Sache bei neuen Hotels, vor allem bei denen, die mit ausländischem Geld

finanziert werden. Hier versucht der Anschuss einen Mittelweg zu gehen, um eine eventuelle Abwanderung der ausländischen Investoren zu vermeiden. Hier besteht ein echtes Dilemma. Angesichts der Touristenflaute sind neue Hotels absolut entbehrlich, dagegen ist die neue Zentralbusstation sehr wichtig, um den Verkehr neu zu regeln. Kann man ausländische Geldgeber, die vielleicht ihre Abschreiberechte in der Bundesrepublik Deutschland verlieren könnten, vor den Kopf stossen, oder muss die Verkehrsneuordnung in Tel-Aviv warten?

Alle bauen instig weiter

Wieder wurde bewiesen, dass es erheblich leichter ist, Richtlinien zu erlassen und Verordnungen zu veröffentlichen, als sie durchzuführen. Nicht immer haben die Behörden alle erforderlichen Informationen. Oft fehlen auch Aufsichtsorgane, um besonders in den Baugebieten den Weiterbau von Vorhaben, die eigentlich verboten sind, zu untersagen. Zwi Oren musste

eingestehen, dass noch kein Bauprojekt wirklich gestoppt wurde, obwohl seit der Veröffentlichung der Verordnung bereits ein ganzer Monat verstrichen ist und die gesetzliche Frist recht eng gezogen wurde: bis zum Jahresende. Um dem Gesetz Nachdruck zu verleihen, wurde eine Privatdetektei eingeschaltet, die dem Wohnbauministerium und der Polizei laufend Informationen liefern wird, wer wo wann gebaut hat, ohne dazu berechtigt zu sein.

Die Polizei hat ihre Mithilfe zugesagt, aber vor der Erwartung gewartet, dass es spektakuläre Erfolge geben wird. Bis Mitte September sind Gerichtsferien. Wegen Überlastung der Gerichte kommt es erst zwei bis drei Jahre nach Eröffnung des Verfahrens zur Verhandlung, die sich dann durch Berufung und Revision nochmals Jahre hinziehen kann. Aus diesem Grund will das Wohnbauministerium andere Schritte unternehmen, um den Baustopp durchzusetzen. Angeblich können Betonmischer, Lkw's, die Baumaterialien transportieren, sowie Geräte und Maschinen mit Beschlag belegt werden. Aber diese Massnahmen werden wahrscheinlich im Gerichtssaal angefochten werden. Sie müssen vorerst den Test der Legalität bestehen. J. C.

Die Woche in Israel

Der Bericht der amerikanischen Fernsehgesellschaft NBC über ein Zusammentreffen Golda Meirs und Moshe Dajans mit König Hussein in der Arawa am 27. Mai 1974 wird in Jerusalem amtlich dementiert. Das Dementi erfolgte fünf Tage nach Veröffentlichung der Nachricht und weist darauf hin, dass Golda Meir an dem genannten Tage mit Dr. Kissinger verhandelt hat.

Reservistenübungen grösseren Stils hat der Generalstab angeordnet. — Die Arbeitszeit in den Militärämtern und -Werkstätten wird über den bisherigen 5 Uhr-Nachmittagsschluss hinaus verlängert.

In Prozessen gegen Terroristen werden die Staatsanwälte weiterhin lebenslängliches Gefängnis als Höchststrafe und nicht die Todesstrafe verlangen, beschloss die Regierung, wobei sie sich vorbehält, in einzelnen Fällen diese Generalanweisung zu modifizieren.

Eine Ferienreise von Kindern aus Maalot nach Europa wurde aus Sicherheitsgründen abgesagt.

Die Gründung eines Jung-Mishmar-Esrachi wurde von Polizei- und Innenminister Hillel in Aussicht gestellt. Bisher können nur Personen über 18 Jahre das Recht zum Waffentragen erhalten.

Zum neuen Oberkommandierenden an der Südfront wurde

Aluf Jekutiel Adam ernannt anstelle von Aluf Abraham Adan, der als Militärattaché nach Washington geht.

Die Knesset-Finanzkommission beschloss eine Sondersteuer auf Wohnungen zu erheben, deren Einheitswert IL 400 000.— übersteigt.

Der Streik der Ingenieure im Radio und TV wurde verschärft. Die „Sanktionen“ dauern an.

Drastische Einschränkungen bei der Stadtverwaltung Ramat Gan kündigte der neue „Sparkommissar“ der Stadt, Vizebürgermeister Matatiahu Adler, an.

Der Zoll auf verschiedene Auto-Ersatz- und Zubehörtteile wurde herabgesetzt.

Das Oberste Arbeitsgericht in Jerusalem hat im Revisionsverfahren die Verpflichtung des Arbeitgebers festgestellt, einen bei ihm früher beschäftigten und dann zum Militärdienst eingezogenen Reservisten nach seiner Befreiung vom Militärdienst für mindestens sechs Monate wieder einzustellen.

Bei den Kellnern im Knesset-Restaurant ist eine starke Abwanderung zu verzeichnen. Die Gästefrequenz hat sich in der letzten Zeit ganz erheblich erhöht, weil die Abgeordneten jetzt gezwungen sind, ständig für Abstimmungen erreichbar zu sein. Die Kellner können die vermehrte Arbeitslast angeblich nicht bewältigen; sie beklagen sich auch über die Barschheit vieler MKs.

SCHOMRON - ZEUGNISSE AUS ISRAELS GRAUER VORZEIT

Es war wenige Jahre vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, als Israels Altmeister der Archäologie, Prof. Elieser Sukenik, eine Gruppe von Studenten und alten Freunden auf einen Ausflug zu den gewaltigen römischen Ruinen bei Sebastia in der Schomron (Samaría)-Provinz mitnahm. Bei der Gelegenheit zeigte er uns in einer tiefen Grabungsschicht, an deren Freilegung er für die Hebräische Universität mitgewirkt hatte, die noch um fast tausend Jahre älteren Überreste der eigentlichen Stadt Schomron, die nach der im Jahre 973 v. d.gew.Z. erfolgten Teilung des vormals vereinigten israelitischen Königreichs (mit der Haupt- und Tempelstadt Jerusalem) nunmehr eine zunächst alliierte Sonderhauptstadt geworden war. Während Jerusalem unter der davidisch-salomonischen Dynastie Hauptstadt für das Zweistämmereich Juda blieb, war Schomron die Hauptstadt für das Zehnstämmereich Israel bis zur Zerstörung im Jahre 722 v.d.gew.Z. durch die Assyrer.

Im Zentrum des isoliert aufragenden Berges und seiner altbiblischen, herodianischen und römischen Ruinenfelder liegt heute das arabische Dorf Sebastije. Es hat seinen Namen nach der zweiten Blütezeit des historischen Berges, nach der herodianischen. Denn 35 v.d.gew.Z. hatte Herodes der Grosse an dieser Stelle zum Ruhme des Kaisers Augustus eine prächtige Stadt errichtet, die er Sebaste (griechisch für „Augusta“) benannte.

Der Gegensatz zwischen dem armseligen arabischen Dorf Sebastije mit der grossen Tanne als Dorfmittelpunkt und der gewaltigen jüdischen und römischen Vergangenheit des Platzes ist frappierend. Aber auch das Dorf hatte noch seine eigene historische Besonderheit — eine Moschee, deren Gemäuer vormals einer christlichen Kreuzfahrerkirche St. Johannes gedient hat, und einer lokalen Legende nach der Begräbnisplatz des Hauptes Johannes des Täufers gewesen sein soll. Nicht gerade die Taufstelle am Jordanfluss, aber das Tal selbst kann man vom Schomron-Sebastia-Höhenzug aus im Osten gut sehen. Nach Westen reicht der Blick bis zur Mittelmeerküste.

Eine ausgediente Bahnstation unterhalb des Berges war genau der Punkt, in dessen Umkreis mehrere tausend meist Jugendliche ihr Zeltlager aufgeschlagen hatten, in Vorbereitung der Gründung einer neuen israelischen Siedlung ohne Zustimmung der Regierung. Diese Zustimmung wäre umso eher erforderlich gewesen, als „Bahnhof Sebastije“ nur zehn Kilometer nord-

westlich von Nablus liegt. Der Bahnhof hat keine strategische Bedeutung. Er symbolisiert eine Bahnstation an einer 60 km langen eingleisigen Bahnstrecke von Nablus nach Afula, die von den Türken im Ersten Weltkrieg erbaut, nach der britischen Eroberung des Landes aber bald wieder aufgegeben wurde.

„Unser Mandat ist die Bibel. Die Bibel hat Israel das Wohnrecht im ganzen Heiligen Land verheissen und nicht in einem geteilten“, ist die Grundanschauung der Partisanen-Siedler. In Schomron, so argumentieren sie, errichteten schon Abraham, Jakob und seine Söhne auf ihrem Zug zum Süden ihre Zelte. Bei Schchem — der arabischen Stadt Nablus von heute — versammelte Josua vor seinem Tode die zwölf Stämme Israels und „legte ihnen Satz und Recht auf“. Hier wurden zuerst die zwei Stämme Ephraim und Manasse angesiedelt.

Während David und Salomo Jerusalem entwickelten, entfaltete Schchem ein starkes Eigenleben und wurde sogar einige Jahrzehnte zur Hauptstadt des Nordreiches nach Salomos Tod, bevor Schomron-Samaría die Hauptstadtrolle übernahm. Noch heute lebt zwar nicht in Sebastije, wohl aber auf dem Berge Gerisim dicht bei Nablus, in friedlicher Nachbarschaft mit den Arabern, eine kleine halb-jüdische Sekte, die sich als direkte Nachkommenschaft derjenigen Samaritaner betrachtet, die im Jahre 722 v.d.gew.Z. der Vernichtung oder Gefangennahme

durch die Assyrer hatten entgehen können.

Bei dem Ausflug vor fast vier Jahrzehnten mit Prof. Sukenik verbrachten wir viele Stunden mit der Besichtigung der Zeugnisse der grossen Zeit Schomrons und Sebastes. Von der amerikanischen Orientgesellschaft, die z.T. von Jakob Schiff finanziert worden war, von englischen und hebräischen Universitätsarchäologen durchgeführte Grabungen hatten grosse Teile der von König Omri erbauten Stadt Schomron freigelegt, auch Reste der befestigten Königsburg auf dem Gipfelplateau. Die gewaltigen Quadersteine der Stadtmauern waren mit grösster Genauigkeit aufeinandergeblockt, und dies ohne jedes Bindemittel. Wir sahen auch Reste von Türmen innerhalb der Stadtmauer, der letzte war 1933 freigelegt worden. Die Mauern waren bis zu fünf Meter dick, nicht weniger widerstandsfähig als die Befestigungsmauern, die König Salomo für seine Burg, Kriegswagen und Pferdeställe in Megiddo hatte erbauen lassen.

Ebenso hatte man Mauerreste aus der Zeit von König Ahab gefunden, von dem die Legende erzählt, dass ihm sein Reichtum ermöglichte, allen seinen 70 Söhnen je einen Sommer- und Winterpalast erbauen zu lassen... Er selbst verfügte in Schomron über einen Prachtbau, von dem noch elfenbeinerne Möbelschmuck gefunden wurde, wie man ihn aus Funden in Aegypten und Kreta kennt. Einzelstücke der in Schomron gefun-

denen Elfenbeinschnitzereien sind heute im Rockefeller-Museum in Jerusalem zu bewundern, ebenso Funde aus dem Besitz der Nachfolgekönige. Als jedoch Schomron zerstört und die Bevölkerung des Nordreiches Israel teils niedergemacht, teils — bis auf die wenigen entkommenen „Samaritaner“ — verschleppt wurde, dürfte wohl der letzte Rest des Prachtbesitzes Ahabs, seiner Frau Isabel und ihrer Nachfolger geplündert worden sein.

Von den Resten der unter Herodes als Sebaste neubauten Stadt stehen die hohen Säulen auf dem Forum, Reste der Gerichtsstätte, des Stadions und des Theaters. Einige der römischen Funde waren nach genauer photographischer Aufnahme wieder geschützt worden, da weder die Hebräische Universität noch die britische Mandatsregierung den Betrag aufbringen konnten, den sebastianischen arabischen Bauern das benötigte Land über den Ausgrabungsstätten abzukaufen. Ein Jahrzehnt und einen Zweiten Weltkrieg später gelang es Prof. Sukenik, erhebliche Geldmittel für archäologische und bibelkundliche Zwecke aufzubringen, aber die benötigte er dann für den Erwerb der ersten in der Wüsteneinsamkeit entdeckten Bibelhandschriften vom Toten Meer, Israels ideeller Magna Charta für seine Wiedersiedlung im Heiligen Land und für seinen Auftrag als Volk des Ewigen Wortes.

ERICH GOTTGEBRETU

Der Goldene Weg nach Samarkand

Es ist wohl kein Vergehen gegen das Redaktionsgeheimnis, wenn ich feststelle, dass mein im MB vom 26. Juli 1974 unter dem Titel „Der Gross-Derwisch von Englistan“ abgedruckter Artikel voriges Jahr vor dem Oktober-Krieg geschrieben war; er ist damals (mit Recht!) liegen geblieben, weil wir alle nach Ausbruch des Krieges „andere Sorgen“ hatten. Inzwischen hatte ich diese Sache beinahe vergessen. Wenn aber das alte Manuskript von damals jetzt hervorgezogen wird, wogegen ich natürlich nichts einwenden kann, so bedarf es einer Ergänzung. Denn die inzwischen erschienene Biographie des Verfassers von „Hassan“ und der Gedichtsammlung „The Golden Road to Samarkand“, James Elroy Flecker (John Sherwood: No Golden Journey. A Biography of James Elroy Flecker. Heinemann London 1973. 237 S.), der 1914 im Alter von 30 Jahren starb, enthält eine Reihe vom jüdischen Standpunkt interessante Tatsachen.

Der Grossvater des Dichters,

Jissachar Flecker, war ein gelehrter Jude aus Lemberg (heute Lvov), der mit seinem jüdischen Freund Hermann Liebstein nach Konstantinopel auswanderte, und von dort um die Mitte des 19. Jahrhunderts nach England kam. Diese beiden gelehrten Juden traten zum Christentum über, und Jissachar wurde ein baptistischer Priester. Er heiratete eine hugenottische Frau und eines ihrer 5 Kinder, William Hermann Flecker, der als besonders begabt geschildert wird, wurde ein fanatischer christlicher Missionar. Er heiratete eine getaufte Jüdin, Sara Dukat, die gleichfalls aus Polen stammte. Beide waren erpicht, ihre jüdische Herkunft zu verheimlichen, und Sara liess einen Stammbaum anfertigen, in welchem nur ihre hugenottische Schwiegermutter näher definiert war. Tatsächlich aber hatte ihr Sohn James Elroy, in der Ausdruckweise der Nazis, nur eine „arische“ Grossmutter. Das erklärt, warum er in den Kreisen der unter dem Namen „Bloomsbury“ bekan-

nten literarischen Gruppe, der er als Student in Cambridge nahestand, als Jude betrachtet wurde; so war vielleicht auch sein Hingezogensein zum Orient zu erklären. T.E. Lawrence, mit dem er eng befreundet war, hebt Fleckers „jüdisches“ Aussehen und Benehmen hervor. Seine Mentalität, sein ganzes Gebären, seine Kenntnisse von Sprachen, sein Geruchssinn, all das war nach Lawrence's Meinung typisch „jüdisch“. Trotz der einen arischen Grossmutter! Über die Lebensgeschichte Fleckers, der ein kranker unglücklicher Mensch war, zu berichten, würde über den Gegenstand dieser kleinen Ergänzung hinausgehen.

ROBERT WELTSCH

Redaktion: Tel-Aviv, Rambanstr. 15, P.O.B. 1480, Tel. 614411. Anzeigen-Annahme: Feiner & Yossef, Tel-Aviv, Allenby Rd. 94, P.O.B. 4111, Tel. 615041. Herausgeber: Bitan Ltd., Tel-Aviv, Rambanstr. 15. Verantwortlich: Dr. Har-Tramer, Tel-Aviv. Registriert als Zeitung beim Hauptpostamt Jerusalem. Druck: Arieli Press Ltd., Tel-Aviv.

Ueber Parteigrenzen hinweg

Versuche zur Überwindung des Immobilismus

Eiligst wurde in der Liberalen Partei der durch einige Extratouren gestörte Hausfrieden wiederhergestellt, jedenfalls nach aussen. Bei einer Sitzung der Parteizentrale vorsicherten alle Redner, auch die „Rebellen“, niemand denke an eine Auflösung des Likud, nur könne man ihn vielleicht erweitern und vor allem „liberalisieren“.

Worauf dies abzielt, ist klar: Der Einfluss von Cherut muss zurückgedrängt werden. Arje Dulcin, der zweite Mann in der Sochnut nach Pinchas Sapir, und Ramat Gans Bürgermeister Dr. Israel Peled sind schon lange der Ansicht, dass die Liberale Partei weit schärfer profiliert in Erscheinung treten und vielmehr Einfluss im Likud haben müsste. Es war auch Peled, der, als die Regierung der Nationalen Einheit zerbrach und Gachal das Kabinett verliess, leidenschaftlich gegen diese Entscheidung Stellung nahm. Jetzt hat sich noch ein dritter Prominenter dieser Gruppe hinzugesellt, Tel. Aviva Bürgermeister Schlomo Lahat, der in der Palästinenserfrage ebenfalls eine von der Partei-Generallinie abweichende Haltung einnimmt. Zu diesen Persönlichkeiten gehört ein weiter Kreis von Mitgliedern der Liberalen Partei, die der ewigen Opposition gegen die Regierung satt sind. Es ist derselbe Kreis, der ziemliches Unbehagen über die jüngste „Neuerwerbung“ in der Partei empfindet, über den Anschluss von Ariel Scharon, und der im Grunde wohl nichts lieber hätte, als dass Scharon zu Cherut abwanderte, wohin er ja eigentlich gehört.

„The winds of change“, die Tendenz zur Neugestaltung, die Suche nach neuen Wegen, der Wunsch, den Immobilismus zu überwinden, hat auch Cherut erfasst. Der Abgeordnete Dr. Benjamin Halevi, früher Präsident des Jerusalemer Bezirksgericht, dann Richter am Obersten Gericht, hat mutig und anerkennenswert gegen die traditionelle Führerschaft und Linie seiner Partei Stellung bezogen. Er erklärte in einem Fernsehinterview, Kompromisse gehörten nur einmal zur Politik, und ohne Kompromissbereitschaft sei Politik undenkbar. Doch Halevis Rechnung kann nicht aufgehen, wenn er meint, seine Ideen in der Cherut durchsetzen zu können, Cherut unterscheidet sich grundsätzlich von anderen Organisationen des Landes, sie ist auf eine zentrale Persönlichkeit ausgerichtet und sollte einmal die traditionelle Führerschaft abtreten, würde das wohl das Ende von Cherut als Partei bedeuten. Das Gegebene wäre jedenfalls, dass heute Halevi zu den Liberalen stösst, denn seine Gedankengänge haben bei Cherut keine Aussicht auf Verwirklichung.

Veränderungen in unserem Parteifüge sind aber nicht nur auf der Rechten zu konstatieren, sondern auch innerhalb des Linksblocks, und da sind sie nicht weniger bedeutsam zum Teil sogar gefährlich. „Die Besten aus dem Arbeiterblock werden zu uns kommen, wenn es darum geht, über die Zukunft von Judäa und Samaria abzustimmen“, frohlockte Ariel Scharon in der Knesset. Sein Optimismus scheint nicht ganz ungerechtfertigt zu sein, auch wenn die Dinge noch keineswegs bis zu dem Punkt gediehen sind, an dem er und seine Gesinnungsgenossen sie haben möchten. Aber Scharon weiss, dass er geheime Bundesgenossen in der Arbeiterpartei hat. Die eindeutige Stellungnahme Mosche Dajans in der Frage des Westufergebietes („kein Verzicht auf das Recht zur Ansiedlung“) unterscheidet sich sehr wesentlich von der offiziellen Linie. Noch hat Dajan nicht offen rebelliert, noch gehört er in den grossen Rahmen,

aber es ist klar, dass die Gefahr der Spaltung der grössten politischen Gruppierung des Landes besteht, wenn es darum geht, sich endgültig über ein Kompromiss mit Jordanien zu entscheiden.

Von Umwälzungen werden aber nicht nur die grossen politischen Zusammenballungen erfasst. Auch im religiösen Lager sind solche Tendenzen vorhanden. Mit nicht geringem Unbehagen dürften die ehemaligen Minister der Religiösen nationalen Partei das Verhalten ihrer „Jungtürken“ Dr. Ben Meir und Sebulon Hammer in Sebastia und danach mitangesehen haben. Denn während die traditionelle Führung des Misrachi — Hapoel Hamisrachi stark dazu neigt, sich doch irgendwie irgendwann wieder der Regierung anzuschliessen und mit dem Arbeiterblock eine Koalition einzugehen, haben sich die jüngeren Kräfte, die heute gewaltigen Einfluss auf die Parteimitgliedschaft haben, weit von der Linie der Alten entfernt. Dass sie

religiös sind, ist für sie selbstverständlich; das Wort „national“ im Namen ihrer Partei fassen sie als Verpflichtung auf und erweitern es zu nationalistisch. Sie sind heute nicht weniger, sondern vielleicht mehr Superpatrioten als viele Cherutanhänger, die sie bei der Sebastia-Affäre ermuntert haben.

Alte Bindungen gehen in die Brüche, neue Konstellationen bahnen sich an. Die alten Parteiprogramme werden neu interpretiert, es gährt und rumort im Parteigefüge. Persönliche Beziehungen spielen noch eine grosse Rolle, aber Parteiprogramme gelten nicht mehr als heilig und unantastbar, und Abweichungen von der Generallinie sind an der Tagesordnung. Diese Umgestaltung der innerpolitischen Landschaft Israels ist eine historische Notwendigkeit, und sie ist dringlich geworden. Nach der fast vollständigen Erstarrung musste endlich einmal ein Aufatmen erfolgen, aber noch lässt sich nicht voraussagen, wie sich die innerpolitische Landschaft verändern und welches Aussehen sie annehmen wird.

MARTIN BIELSKI

Kooperativen israelischer Araber

Als die Pioniere des zionistischen Aufbauwerks in Erez Israel ihre opfervolle Arbeit begannen, das durch Jahrhunderte verödete Land zu erschliessen und ihr Volk zu regenerieren, glaubten sie, durch Entwicklung der Wirtschaft und Uebertragung europäischer Kulturwerte auch den hier ansässigen Arabern zu nützen. Die ersten blutigen Zusammenstösse mit arabischen Lohnarbeitern zeigten ihnen die Schwierigkeiten ihres Vorhabens.

Um weitere Streitigkeiten bei ihrem Kampf um die jüdische Arbeit zu vermeiden, aber auch (und mehr) aus dem Selbstständigkeitsdrang jedes Juden und besonders der aus Russland kommenden Revolutionäre — den führenden Persönlichkeiten in der Gruppe der frühen Pioniere — und dem Gedanken, durch Zusammenwirken und Organisation einer vielfältigen gegenseitigen Hilfe die berufliche Umschichtung zu erleichtern, entstanden die ersten Kuznot, später die Moschawe Owdim und Mittelstandssiedlungen mit dem statutarisch festgelegten Prinzip der Eigenarbeit, und entwickelte sich das gesamte Kooperativwesen unter den Juden in Erez Israel. Bei all den seit der Anfangszeit erfolgten Veränderungen im Aufbau des Landes und in seinen Lebensformen, macht ein in diesem Masse nirgends sonst zu findendes Kooperativwesen noch heute den besonderen Charakter Israels aus.

★
Das Aprilheft der monatlichen Publikation des Arbeitsministeri-

ums berichtet nun in einem von Mahmud Yunis, dem Sekretär des „Brit-Hapikusach“ der organisatorisch zusammengeschlossenen Kooperativen arabischer Arbeiter und Fellachen Israel, verfassten Aufsatz über die Kooperativbewegung unter den ländlichen Arabern (die, wie wir annehmen, durch die Erfolge der jüdischen Landwirtschaft angeregt wurde).

Die in diesem Bericht genannten Zahlen sind einer Erhebung vom 31.12.72 entnommen. Damals bestanden 200 arabische Kooperativen im Lande, von denen 157 dem von dem Verfasser kontrollierten Bund angeschlossen waren. Nur von diesen liegt ein spezialisierter Überblick vor.

Die weitaus grösste Zahl arabischer Kooperativen dienen der Wasserversorgung: 57 bringen in kleine Dörfer, in denen früher Wasser aus nahen, dennoch oft schwer erreichbaren Brunnen geschöpft oder mit grossen Kosten aus andern Ortschaften in Wagen herbeigeschafft werden musste, jetzt in kooperativ angelegten Röhren das unentbehrliche Trinkwasser, 49 versorgen die Landwirte mit Wasser zu Bewässerungszwecken. Dabei wurden meist die anfangs offenen Wasserkanäle durch Beregnen ersetzt. Durch gleichzeitige Einführung von wachstumfördernden und Schädlinge bekämpfenden Chemikalien sowie durch den kooperativen Besitz von Traktoren, die an die Stelle des traditionellen Holzpfluges getreten sind, konnte die landwirtschaftliche Produktion bis zum Dreifachen gesteigert werden.

In eigenen abgelegenen Dörfern, die nicht dem allgemeinen Elektrizitätsnetz angeschlossen sind, wurden die Bauernhäuser kooperativ mit elektrischem Strom versorgt, in anderen wurden genossenschaftliche Einkaufs- und Vermarktungsstellen geschaffen, dörfliche Spar- und Dalkassensparungen eingerichtet, oder wird das Transportwesen kooperativ geordnet.

Dabei betont der Bericht, dass stärkere Förderung dieses Kooperativwesens durch die Regierung wünschenswert, ja notwendig wäre, auch systematische Förderung der in arabischen Dörfern kaum beginnenden Entwicklung der die Landwirtschaft ergänzenden Industrien. Nur so könnte der Zwang der bodenarmen Banernsöhne, Tag für Tag ihr Dorf zu verlassen, um im jüdischen Wirtschaftssektor zu arbeiten, vermieden oder doch eingeschränkt werden.

Wenn wir uns diesem Wunsch anschliessen, geschieht dies nicht nur aus nationalem Gerechtigkeits-sinn, sondern auch aus Gründen, die M. Yunis nicht berührt: der Furcht vor einer unser Land bedrohenden Arbeitslosigkeit, vor innerpolitischen Konflikten bei der dann unvermeidlichen ersten Anschaltung der arabischen Hilfskräfte, und vor allem vor dem Verlust der grossen charakterlichen und Schaffungswerte unserer eigenen Jugend, die der „Kampf um jüdische Arbeit“, den die Pioniere des Aufbaus führten, erweckte.

Der Verfasser stellt dem Absatz, in dem er über die Koopera-

(Schluss umseitig)

ASYL IN SCHWEDEN

Erst in jüngster Zeit, einige Jahrzehnte, nachdem Nachwirkungen des Krieges und Probleme der unmittelbaren Nachkriegsjahre wenigstens Teillösungen gefunden zu haben scheinen, hat man begonnen, die Ergebnisse der Auswanderung aus dem nationalsozialistischen Deutschland, Oesterreich und anderen Ländern, die unter dem Einfluss des Dritten Reiches waren, systematisch zu untersuchen. Aber alle diese Bemühungen sind erst am Anfang.

Jedoch dem historischen Glücks-umstand, dass Schweden während des Weltkrieges eines der wenigen Länder in Europa und das einzige Land in Skandinavien blieb, das eine neutrale Stellung einnahm, ist es zu verdanken, dass wohl die beste, aber sicherlich die umfangreichste, systematische Untersuchung der Emigration und Massenflucht aus dem Dritten Reich über politische und soziale Bedingungen der Flüchtlinge, die Auswirkungen der Vertreibung auf das tägliche Leben sowie die literarische, publizistische oder politische Arbeit dieser Menschen in einem bestimmten Zuflucht- und Gastland, Schweden, nunmehr der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden ist.

Dieser Ueberblick über Schicksal und Tätigkeit derjenigen, die Deutschland, Oesterreich und die deutschsprachigen Gebiete der Tschechoslowakei verlassen mussten und nach Schweden kamen, wohin im Oktober 1943 ihnen dänische und deutschsprachige Juden folgten, die in Dänemark Asyl gefunden hatten und von der dänischen Widerstandsbewegung nach Schweden gerettet wurden, ist das tiefeschürfende Werk des Leiters der Stockholmer Koordinationestelle zur Erforschung deutschsprachiger Exilliteratur.*

Der Verfasser hat in diesem umfangreichen Werk eine Gesamtübersicht geschaffen über ein weites Gebiet mit sorgfältiger Behandlung von Einzelheiten, so dass diese Studie der Flüchtlinge in einem bestimmten Gebiet als beispielhaft für ähnliche Forschungsarbeiten in anderen Ländern zu bewerten ist. Allein die Tatsache, dass es keine vergleichende Untersuchung für ein bestimmtes Land gibt, macht die Anordnung des Materials und die Methoden der Auswertung besonders interessant. Dabei weist der Autor mit Recht darauf hin, dass kein Flüchtling freiwillig, sondern höchst unvorbereitet sein Ursprungsland verliess, und dass die Aufnahme in dem Gastland nur unter grossen Vorbehalten geschah, und dass Exillande Flüchtlinge im vielfachen Einordnungsschwierigkeit

gegenüber standen. Oft war der Aufenthalt von verschiedener Dauer, in manchen Fällen war Schweden nur Durchgangsland mit dem Ziel Erez Israel oder Amerika, bei anderen bestand der echte Wunsch, sich eine neue Heimat in Schweden zu schaffen, so dass tatsächlich

nach Kriegsende eine Rückkehr „aus Abhängigkeit“ nicht erwogen wurde. Der Verfasser schätzt in seinen statistischen Untersuchungen die Zahl der politischen und rassischen Flüchtlinge aus dem Dritten Reich in Schweden bis Juli 1939 auf 4700, mit dem Anteil

der „Reichsdeutschen“ von 70–75%, der „Mitteleuropäer“ von 20% und der „Ostenropäer“ auf etwa 5%. Die Vielseitigkeit ihrer Beschäftigungen ist ersichtlich in dem Exodis nach Schweden nicht nur von Wirtschaftlern und Politikern: Dies wird deutlich in dem Kapitel „Who is who in der deutschsprachigen Emigration in Schweden“ mit Namen wie Nelly Sachs, Willy Brandt, Bertolt Brecht, Leo Blech, Ernst Cassirer, Günther Cohn, Bruno Kreisky, Ludwig Lewy, Lise Meitner, Hans Schaeffer, Hans-Joachim Schoeps, Kurt Singer, Kurt Tucholsky, um nur einige zu nennen von einer Auswahl von 162 prominenten Fluchtlingen und über 1000 Namen von Persönlichkeiten der Zeitgeschichte.

In seinem fast katalogmässig gegliederten Material beschreibt Muesener die Emigrationsforschung und die politischen und sozialen Verhältnisse in Schweden seit 1933. Er erklärt die allmähliche Wendung der Einwanderungs- und Sozialpolitik der schwedischen Regierung gegenüber Hitler-Flüchtlingen, besonders mit der Verschärfung des Naziokkupationsregimes in Norwegen und Dänemark; Die Darstellung der oft ambivalenten Einstellung der schwedischen Juden während des Krieges führt ihn zu Beobachtungen, die vergleichbarem Forschungsmaterial aus anderen Zufluchtstaaten gegenübergestellt werden kann. Besondere Abschnitte sind der österreichischen und sudetendeutschen Emigration gewidmet sowie den Antifaschisten, Militärflüchtlingen und Sozialisten.

Die Darstellung der Beiträge der Flüchtlinge auf dem Gebiete der Volkswirtschaft, Soziologie, Psychologie, Pädagogik und Literatur und als ausübende Künstler in Musik, Theater und Bildenden Künsten und in Exil-Verlagen sowie ein Verzeichnis der Veröffentlichungen des Berman-Fischer Verlages und des „Neuen Verlages“ in Stockholm vervollständigen dieses wichtige Buch mit 600 Seiten Quellenmaterial, — ein klassisches Werk über das Massenflucht aus Deutschland seit 1933.

W. S. MATSDOERF

KOOPERATIVEN ISRAELISCHER ARABER (Schluss)

tive als Mittel zur Steigerung des wirtschaftlichen Ertrages spricht, einen anderen voraus: „Die arabischen Kooperativen als demokratischer und sozialer Faktor“. Kooperatives Zusammenwirken der arbeitenden Bevölkerung scheint ihm ein wichtiges Mittel zur Steigerung des Persönlichkeitsbewusstseins und damit zur Lösung von der Abhängigkeit der traditionell anerkannten Autorität bestimmter Persönlichkeiten oder Familien in der arabischen Gesellschaft. Das ist eine Beobachtung, die besondere Beachtung verdient.

M. T. P.

GEDENKSTÄTTE IN THERESIENSTADT

Die Bemühungen des Komitees für Theresienstadt, auf dem Boden des ehemaligen Lagers eine würdige Gedenkstätte zu errichten, sind jetzt abgeschlossen. Dem Komitee ist es gelungen, an dem Platz, von dem aus die Asche der in Theresienstadt Kremierten in die Eger geworfen wurde, einen Gedenkhügel zu errichten, auf dem ein monumentaler Gedenkstein, zu dem zehn Stufen führen, aufgestellt wurde. Ausserdem wurde auf dem zur Eger hin abfallenden Gelände eine breite Staintreppe erbaut, so dass auch von dieser Seite der Gedenkhügel erreichbar ist. Das Jüdische Komitee hat ausserdem dafür Sorge getragen, dass der Platz an der Eger neugestaltet wurde. Ebenso konnte der Ghetto-Friedhof durch die Arbeit des Komitees in eine würdige Form gebracht werden. Es soll dabei hervorgehoben werden, dass auch die tschechoslowakische Regierung für die Neugestaltung des Friedhofs und die Errichtung des jüdischen Gedenkhügels einen Betrag von ca. 15 Millionen Kronen zur Verfügung gestellt hat.

Das Jüdische Komitee hat darüber hinaus einen Beitrag für die im Kibbuz Giwat Chajim entstandene Theresienstadt-Gedenkstätte geleistet, wo sich jetzt auch die Kartothek der nach Theresienstadt Deportierten befindet, während Kopien der Theresienstadtfilme Jad Waschem übergeben wurden. Ausserdem sind durch die Mittel, die das Jüdische Komitee für Theresienstadt zusammengebracht hat, ein Gedenkfenster in der Zeremonienhalle des Jüdischen Friedhofs in Wien und die Herausgabe des „Totenbuchs Theresienstadt“ ermöglicht worden.

Dem Jüdischen Komitee, dessen Last in erster Linie auf den Schultern von Dr. GEORG WEISS, Wien, lag, ist im Namen der Allgemeinheit echter Dank dafür abzustatten, dass es diese traurige Pflicht auf sich genommen hat. Eine echte Mirwah ist damit erfüllt worden.

—ns —er

Griechenlands Juden atmen auf

Die Juden Griechenlands begrüßen gleich der Mehrheit des griechischen Volkes das Ende der Diktatur und die Rückkehr zur Demokratie. Sie sind besonders erfreut darüber, dass Konstantin Karamanlis wieder Ministerpräsident ist, der von 1955 bis 1963 dieses Amt bekleidete und damals in besonders guten Beziehungen zu vielen prominenten jüdischen Persönlichkeiten des Landes stand. Wenn es unter der Herrschaft der Obersten-Junta nicht zu Judenverfolgungen kam, so wirkte sich doch die von Georg Papadopoulos, dem seinerzeitigen massgeblichen Mann in der Junta ausgegebene Parole nachteilig aus: „Griechenland gehört den christlichen Griechen“. Zur Zeit des Militärregimes wurden an die Wände der Hauptstrassen mehrfach antisemitische Parolen und Hakenkreuze gemalt. Anzeigen bei der Polizei blieben erfolglos. Auch Angehörige der griechisch-orthodoxen Geistlichkeit scheuten sich nicht, die Juden, Israel und die zionistische Bewegung öffentlich zu attackieren und der Verschwörung gegen den internationalen Frieden zu beschuldigen. Protestbriefe an den griechischen Patriarchen wurden nicht einmal beantwortet.

★

Die Charterflüge aus Skandinavien nach Israel wurden wieder aufgenommen.

Die neue Zeit in Portugal

Zum Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde in Lissabon, des „Centro Israelita de Portugal“ wurde erstmals eine Frau gewählt, Dr. Joana Sequerra-Amram, eine Aerztin und Mutter von drei Kindern. Ihr Gatte, Prof. Salomao Sequerra-Amram, ist ein bekannter Herzspezialist und Mitglied des Vorstandes der Jüdischen Gemeinde.

★

Juden in der DDR

In der DDR bestanden im 1. Halbjahr 1974 neun jüdische Gemeinden mit insgesamt 800 Seelen, von denen 90 Prozent zwischen 55 und 90 Jahre alt sind. Mit 450 Mitgliedern ist die Gemeinde von Ostberlin die zahlenmässig stärkste, die drei sächsischen Gemeinden Dresden, Leipzig und Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) zählen 170 Mitglieder, während den Gemeinden Erfurt, Halle, Magdeburg und Schwerin 180 Juden angehören.

Encyclopaedia Judaica für König Baudoin

Der Staat Israel hat dem belgischen König Baudoin einen Satz der „Encyclopaedia Judaica“ geschenkt. In einer Spezialaudienz überreichte Mosche Alon, der israelische Botschafter in Belgien, dem Monarchen die Enzyklopädie im Namen Ephraim Katzirs, des Staatspräsidenten Israels.

* Helmut Muesener: Exil in Schweden, Politische und kulturelle Emigration nach 1933, Carl Hanser Verlag, München.

FLAMMEND ROT UND STRAHLEND WEISS

Die Memoiren des Untergrundkämpfers Nathan Yellin-Mor

Historiker des „klassischen“ Anarchismus, der im vergangenen Jahrhundert die Welt erschütterte, haben auf das Auseinanderklaffen von Geist und Tat in dieser Bewegung hingewiesen. Während die Theoretiker, die intellektuellen Urheber, die Prediger des totalen Umsturzes — die Stirner und Thoreau, die Reclus und Kropotkin — Menschen des Schreibtisches und der Studierstube und bisweilen stille und sanfte Naturen waren, kamen die eigentlichen Aktivisten, die Attentäter und Bombenwerfer — die Ravachol, Luccheni, Caserio — aus den niederen, ungebildeten Schichten der Bevölkerung. Sie waren von dumpfem Zerstörungstrieb besetzt, ohne meist auch nur eine Ahnung von der Existenz derer zu haben, die das ideologische Gerüst zu ihren Taten zimmerten.

Die radikalste der Untergrundgruppen, die ein Jahrzehnt lang, vom Beginn des Zweiten Weltkrieges bis zum Unabhängigkeitskrieg, die Geschicke von Volk und Land mitbestimmt hat, die „Kämpfer für die Freiheit Israels“ (auch — allerdings meist von Gegnern — „Gruppe Stern“ genannt) trägt manche Züge, die zu den Anarchismus in seiner Doppelpoligkeit gemahnen. Sie ist zwar als politische, nationalrevolutionäre Bewegung aufgetreten, aber nie zur Massenorganisation geworden; sie hat den individuellen Terror auf ihr Panier geschrieben; weltanschaulich-eklektizistisch wie sie war, konnten in ihr mystisch-religiöse Tendenzen und marxistischen Strömungen selbst sowjetisch-kommunistischer Färbung nebhergehen; und sie zeugte — last not least — ein hohes Ethos des persönlichen Einsatzes, der Opferbereitschaft, der spartanischen Bedürfnislosigkeit, das das Ideal alles galt und der eigene Wohl und Wehe nichts.

Von „Betar“ zu „Stern“

Nathan Yellin-Mor hat für den historischen Bericht, der die „Menschen, Geschehnisse und Ideen“ dieser Bewegung schildert, der er seit ihrer Frühzeit (1937) verbunden war, eine Form gewählt, die nur in gewissen Partien autobiographischen Charakter trägt. Es ist immerhin erwähnenswert, dass von den 37 Kapitelüberschriften nur eine in Ichform präsentierte wird: „Wie ich der Verhaftung während des Curfew entrann“ — eine der packendsten Schilderungen des an dramatischen Höhepunkten wahrhaftig nicht armen Buches.

Der Autor kommt aus dem polnischen „Betar“, der in jenem Land so starken, mit Jabotinskys „בנות יעקב“ (1942) und „אשתי רעייתי עליית ירושלים“ (1974)

revisionistischer Organisation verbundenen paramilitärischen Jugendbewegung. Zwei Jahre vor Ausbruch des Krieges lernt er in der polnischen Hauptstadt den (sechs Jahre älteren) Abraham Stern kennen, von dessen persönlichem Charisma er fasziniert wird. Vorerst noch im Rahmen des „Ir-gun Zvai Leumi“ (dessen Ideologie in einem Kreis Warschauer jüdischer Intellektueller geschmiedet wird, ebenso wie auch die bekannte Devise „Nur so“ „רק כך“, die übrigens von einer Frau stammt!) plant Stern die „Aktion der Vierzigtausend“. Mit Hilfe von durch polnische Militärkreise bereitgestellten Waffen soll ein Handstreich auf Erez Israel stattfinden, das Weissbuch abgeschafft, eine souveräne jüdische Regierung ausgerufen werden.

Der junge Yellin (damals noch Friedmann-Yellin, den zweiten Namensteil Mor wird er erst später, wohl als Reverenz für seine Frau, die jahrelang als Gefangene von den Briten gehalten wird, anfügen) macht sich diese Pläne und Ideen zu eigen, er wird Sterns treuester Gefolgsmann, später auch sein Mitarbeiter und Harold im Polen des Vorkriegs und dann, für ein kurzes Jahr, im Palästina des zweiten und dritten Kriegsjahres, bis zu Sterns Ermordung im Februar 1942.

Mit der Schilderung dieses Mordes beginnt Yellin seinen episch-verhaltenen und doch so spannungsgeladenen Bericht, während die Ereignisse, die dieser tragischen Zäsur vorausgehen, in Rückblende nach und nach eingeschaltet werden.

Im Anfang war die Untat

Zu diesem Zeitpunkt befindet sich Yellin in Nordsyrien, offiziell in seiner Eigenschaft als Ingenieur, von einer Baufirma angeworben, in Wirklichkeit als emissar seiner Bewegung. Sein Plan ist, sich über die Türkei nach dem Balkan durchzuschlagen, um Kontakt mit alija-willigen jüdischen Gruppen aufzunehmen, die, von Unruhe und Existenzangst geschüttelt, der Todesfalle Europa zu ent-rinnen versuchen (Untergang der „Struma“ — 24.2.1942!). Tragische Parallele: in ebendenselben Jahr bemüht sich Enzo Sereni, als Solist Boneh-Beauftragter getarnt, polnisch-jüdische Soldaten aus dem Irak nach Erez Israel einzuschleusen.

Aber Yellins Mission scheitert, ehe sie recht begonnen hat; der britische Geheimdienst kommt auf seine Spur, und die französischen Behörden wollen oder können sich der „Bitte“ um Auslieferung — die im Grunde ein verschleiertes

Ultimatum ist — nicht widersetzen.

Einhalb Jahre bringt Yellin in britischen Internierungslagern Palästinas zu, zuerst in Misra, später in Latrun. Wie dann einer Gruppe von 20 „Sternisten“ das Entweichen aus diesem Lager gelingt, nach langen, mühseligen Vorarbeiten, die sich monatelang hinziehen, wie unter der Nase der bewachenden Mannschaft ein Gang unterirdisch gegraben wird, wobei jedes kleinste Versehen Misserfolg bedeutet, und jedes scheinbar noch so belangloses Detail, das nicht in Betracht gezogen wurde, alle Hoffnungen zunichte machen kann, und wie die Mühe dann doch von Erfolg gekrönt wird: dies alles ist schon rein erzählerisch eine Grossleistung, die manchen der Phantasie entsprungene Abenteuerromane in den Schatten stellen könnte. Freilich von den zwanzig Ausgebrochenen haben nur elf die Sturperiode des Untergrund überlebt.

In der Freiheit setzt dann Yellin in Zusammenarbeit mit Gesinnungsgenossen aus dem Anhang Sterns die konspirative Tätigkeit fort. Jetzt erst führt die Gruppe offiziell den Namen „Kämpfer der Freiheit Israels“ (hebr. abgekürzt: „Lechi“ לחי). Mit der zunehmenden Radikalisierung des Jischuw wächst ihre Mitgliederzahl. Ihre extrem antibritische Haltung bringt sie jedoch in Gegensatz selbst zu der ihr nahestehenden „Etzel“-Organisation, deren Führung Anfang 1944 Begin übernimmt. Das Attentat auf Lord Moyne, den britischen Minister für Nah-Ost, der am 6. November 1944 von den Kugeln zweier jugendlicher Fanatiker in Kairo niedergestreckt wird, entfacht die Leidenschaften beider Seiten bis zur Siedehitze. Aber dennoch wird, vor allem im Verlauf der Nachkriegsjahre, ein modus vivendi mit anderen Untergrundkräften gefunden. Gespräche mit Eliahu Golomb, von dem der Autor ein besonders fesselndes und eindrucksvolles Porträt entwirft, bilden den Auftakt zu einer konzilianteren Haltung der linken Arbeiterbewegung.

Mythos der Gewalt

Es ist schwer, mit dem Ideenkreis des Terrors, der „action directe“ und dem „Mythos der Gewalt“ (im Sinne von Georges Sorel) zu rechten. Sicher ist jedenfalls, dass, ebenso wie manches von den Anschauungen des Autors im Laufe der Jahre anders geworden ist, er gehört heute zu den konsequenten Befürwortern einer Verständigungspolitik, auch manche seiner Hoffnungen sich nicht bewahrheitet haben. So äussert er (1944) in einem Gespräch mit Be-

gin die Prognose, dass „durch den gemeinsamen anti-imperialistischen Kampf der Gegensatz zu dem arabischen Volk sich verschärfen wird“, — auch in der Beurteilung des Moyne-Mordes und seiner Nachwirkungen in dem darauffolgenden Kairoer Prozess leuchtet diese Möglichkeit auf.

Bedenklicher für die historische Dignität des Buches ist die nicht geringe Zahl der Datierungsfehler: so gibt Yellin (auf S. 16 und 57) den Zeitpunkt seiner Alija (korrekt) mit Anfang 1941 an; auf S. 189 ist daraus 1940 geworden. Auf Seite 273 steht der Satz: „So begann sie (die Widerstandsbewegung) in der Nacht zum 1. November 1945. Ich brauchte keinen Kalender, um daran zu denken, dass wir vor drei Jahren, in derselben Nacht, aus Latrun entwichen waren“. Aber die Flucht aus Latrun fand im Jahre 1943 statt! So besteht auch ein hoffnungsloser Widerspruch zwischen zwei Daten (S. 189 und 197), die sowohl nach dem jüdischen wie dem allgemeinen Kalender angeführt werden. Oder, in einem Kapitel, das die Überschrift „Bis zu Stalin unter Vermittlung Dimitrovs“ trägt, und in dem von den Wirkungen die Rede ist, die Lechi-Aktionen nach Ost und West ausstrahlen, kommt der Autor auf den französischen Schriftsteller Roger Vailland zu sprechen, von dem er (S. 385) sagt: „Er schloss sich während des Korea-Krieges der kommunistischen Partei an, verliess sie aber 1968 nach dem Ueberfall auf Prag“. Allen Informationen zufolge (u.a. Madeleine Chapsal: Ecrivains) starb Vailland jedoch bereits im Jahre 1965!

Dennoch, es ist ein Buch von Format. Und hinter ihm steht ein Mann. Ein Mann des Geistes und der Tat, „Die Tat“ — so hiess das Organ, das er — in Jiddisch — in der Frühzeit der Bewegung in Polen redigiert hat; denselben Namen trägt auch die Wochenschrift seiner Bewegung in den späten Vierzigerjahren (עצמון).

Yellin-Mor hat es verstanden, seinen kühl-sachlichen Bericht durch meisterhaft stilisierte Dialoge aufzulockern, dramatisch-quirrend mitten im mächtigen Strom des Erzählens; literarisch ihn zu heben durch eingestreute Gedichte und zu beleben durch symbolhaft-visionäre Bilder, von denen eines die komplexe Realität seines Universums in zwei Farben zu überschauen sich bemüht: Unten das kochende, blutig-flammende Rot, Sinnbild für das Blut der Kämpfer und ihrer Feinde; und dies überwölbt von dem strahlenden Weiss der Kameradschaft, der Hingabe, der Opferbereitschaft.

ABRAHAM TOBIAS

SCHOMRON - ZEUGNISSE AUS ISRAELS GRAUER VORZEIT

Es war wenige Jahre vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, als Israels Altmeister der Archäologie, Prof. Elieser Sukenik, eine Gruppe von Studenten und alten Freunden auf einen Ausflug zu den gewaltigen römischen Ruinen bei Sebastia in der Schomron (Samaria)-Provinz mitnahm. Bei der Gelegenheit zeigte er uns in einer tiefen Grabungsschicht, an deren Freilegung er für die Hebräische Universität mitgewirkt hatte, die noch um fast tausend Jahre älteren Überreste der eigentlichen Stadt Schomron, die nach der im Jahre 978 v. d. g. w. Z. erfolgten Teilung des vormals vereinigten israelitischen Königreichs (mit der Haupt- und Tempelstadt Jerusalem) nunmehr eine zunächst alliierte Sonderhauptstadt geworden war. Während Jerusalem unter der davidisch-salomoni-schen Dynastie Hauptstadt für das Zweistämmereich Juda blieb, war Schomron die Hauptstadt für das Zehnstämmereich Israel bis zur Zerstörung im Jahre 722 v. d. g. w. Z. durch die Assyrer.

Im Zentrum des isoliert aufragenden Berges und seiner altbiblischen, herodianischen und römischen Ruinenfelder liegt heute das arabische Dorf Sebastije. Es hat seinen Namen nach der zweiten Blütezeit des historischen Berges, nach der herodianischen. Denn 35 v. d. g. w. Z. hatte Herodes der Grosse an dieser Stelle zum Ruhme des Kaisers Augustus eine prächtige Stadt errichtet, die er Sebaste (griechisch für „Augusta“) benannte.

Der Gegensatz zwischen dem armseligen arabischen Dorf Sebastije mit der grossen Tenna als Dorfmittelpunkt und der gewaltigen jüdischen und römischen Vergangenheit des Platzes ist frappierend. Aber auch das Dorf hatte noch seine eigene historische Besonderheit — eine Moschee, deren Gemäuer vormals einer christlichen Kreuzfahrerkirche St. Johannis gedient hat, und einer lokalen Legende nach der Begräbnisplatz des Hauptes Johannes des Täufers gewesen sein soll. Nicht gerade die Taufstelle am Jordanfluss, aber das Tal selbst kann man vom Schomron-Sebastia-Höhenzug aus im Osten gut sehen. Nach Westen reicht der Blick bis zur Mittelmeerküste.

Eine ausgediente Bahnstation unterhalb des Berges war genau der Punkt, in dessen Umkreis mehrere tausend meist Jugendliche ihr Zeltlager aufgeschlagen hatten, in Vorbereitung der Gründung einer neuen israelischen Siedlung ohne Zustimmung der Regierung. Diese Zustimmung wäre umso eher erforderlich gewesen, als „Bahnhof Sebastije“ nur zehn Kilometer nord-

westlich von Nablus liegt. Der Bahnhof hat keine strategische Bedeutung. Er symbolisiert eine Bahnstation an einer 60 km langen eingleisigen Bahnstrecke von Nablus nach Afula, die von den Türken im Ersten Weltkrieg erbaut, nach der britischen Eroberung des Landes aber bald wieder aufgegeben wurde.

„Unser Mandat ist die Bibel. Die Bibel hat Israel das Wohnrecht im ganzen Heiligen Land verheissen und nicht in einem geteilten“, ist die Grundanschauung der Partisanen-Siedler. In Schomron, so argumentieren sie, errichteten schon Abraham, Jakob und seine Söhne auf ihrem Zug zum Süden ihre Zelte. Bei Sch'chem — der arabischen Stadt Nablus von heute — versammelte Josua vor seinem Tode die zwölf Stämme Israels und „legte ihnen Satz und Recht auf“. Hier wurden zuerst die zwei Stämme Ephraim und Manasse angesiedelt.

Während David und Salomo Jerusalem entwickelten, entfaltet Sch'chem ein starkes Eigenleben und wurde sogar einige Jahrzehnte zur Hauptstadt des Nordreichs nach Salomos Tod, bevor Schomron-Samaria die Hauptstadtrolle übernahm. Noch heute lebt zwar nicht in Sebastije, wohl aber auf dem Berge Gerisim dicht bei Nablus, in friedlicher Nachbarschaft mit den Arabern, eine kleine halb-jüdische Sekte, die sich als direkte Nachkommenschaft dererigen Samaritaner betrachtet, die im Jahre 722 v. d. g. w. Z. der Vernichtung oder Gefangennahme

durch die Assyrer hatten entgehen können.

Bei dem Ausflug vor fast vier Jahrzehnten mit Prof. Sukenik verbrachten wir viele Stunden mit der Besichtigung der Zeugnisse der grossen Zeit Schomrons und Sebastes. Von der amerikanischen Orientgesellschaft, die z. T. von Jakob Schiff finanziert worden war, von englischen und hebräischen Universitätsarchäologen durchgeführte Grabungen hatten grosse Teile der von König Omri erbauten Stadt Schomron freigelegt, auch Reste der befestigten Königsburg auf dem Gipfelplateau. Die gewaltigen Quadersteine der Stadtmauern waren mit grösster Genauigkeit aufeinandergeblockt, und dies ohne jedes Bindemittel. Wir sahen auch Reste von Türmen innerhalb der Stadtmauer, der letzte war 1933 freigelegt worden. Die Mauern waren bis zu fünf Meter dick, nicht weniger widerstandsfähig als die Befestigungsmauern, die König Salomo für seine Burg, Kriegswagen und Pferdeställe in Megiddo hatte erbauen lassen.

Ebenso hatte man Mauerreste aus der Zeit von König Ahab gefunden, von dem die Legende erzählt, dass ihm sein Reichtum ermöglichte, allen seinen 70 Söhnen je einen Sommer- und Winterpalast erbauen zu lassen. Er selbst verfügte in Schomron über einen Palastbau, von dem noch elfenbeinerne Möbelschmuck gefunden wurde, wie man ihn aus Funden in Aegypten und Kreta kennt. Einzelstücke der in Schomron gefun-

denen Elfenbeinschnitzereien sind heute im Rockefeller-Museum in Jerusalem zu bewundern, ebenso Funde aus dem Besitz der Nachfolgekönige. Als jedoch Schomron zerstört und die Bevölkerung des Nordreiches Israel teils niedergemacht, teils — bis auf die wenigen entkommenen „Samaritaner“ — verschleppt wurde, dürfte wohl der letzte Rest des Prachtbesitzes Ahabs, seiner Frau Isabel und ihrer Nachfolger geplündert worden sein.

Von den Resten der unter Herodes als Sebaste neubauten Stadt stehen die hohen Säulen auf dem Forum, Reste der Gerichtsstätte, des Stadions und des Theaters. Einige der römischen Funde waren nach genauer photographischer Aufnahme wieder zugeschüttet worden, da weder die Hebräische Universität noch die britische Mandatsregierung den Betrag aufbringen konnten, den sebastianischen arabischen Farmern das benötigte Land über den Angrabungsstätten abzukaufen. Ein Jahrzehnt und einen Zweiten Weltkrieg später gelang es Prof. Sukenik, erhebliche Geldmittel für archäologische und bibelkundliche Zwecke aufzubringen, aber die benötigte er dann für den Erwerb der ersten in der Wüsteneinsamkeit entdeckten Bibelhandschriften vom Toten Meer, Israels ideeler Magna Charta für seine Wiedersiedlung im Heiligen Land und für seinen Auftrag als Volk des Ewigen Wortes.

ERICH GOTTGEBREU

Der Goldene Weg nach Samarkand

Es ist wohl kein Vergehen gegen das Redaktionsgeheimnis, wenn ich feststelle, dass mein im MB vom 26. Juli 1974 unter dem Titel „Der Gross-Derwisch von Englistan“ abgedruckter Artikel voriges Jahr vor dem Oktober-Krieg geschrieben war; er ist damals (mit Recht!) liegen geblieben, weil wir alle nach Ausbruch des Krieges „andere Sorgen“ hatten. Inzwischen hatte ich diese Sache beinahe vergessen. Wenn aber das alte Manuskript von damals jetzt hervorgezogen wird, wogegen ich natürlich nichts einwenden kann, so bedarf es einer Ergänzung. Denn die inzwischen erschienene Biographie des Verfassers von „Hassan“ und der Gedichtsammlung „The Golden Road to Samarkand“, James Elroy Flecker (John Sherwood: No Golden Journey. A Biography of James Elroy Flecker, Heinemann London 1973, 237 S.), der 1914 im Alter von 30 Jahren starb, enthält eine Reihe vom jüdischen Standpunkt interessante Tatsachen.

Der Grossvater des Dichters,

Jissachar Flecker, war ein gelehrter Jude aus Lemberg (heute Lvov), der mit seinem jüdischen Freund Hermann Liebstein nach Konstantinopel auswanderte, und von dort um die Mitte des 19. Jahrhunderts nach England kam. Diese beiden gelehrten Juden traten zum Christentum über, und Jissachar wurde ein baptistischer Priester. Er heiratete eine hugenottische Frau und eines ihrer 5 Kinder, William Hermann Flecker, der als besonders begabt geschildert wird, wurde ein fanatischer christlicher Missionar. Er heiratete eine getaufte Jüdin, Sara Dukat, die gleichfalls aus Polen stammte. Beide waren erpicht, ihre jüdische Herkunft zu verheimlichen, und Sara liess einen Stammbaum anfertigen, in welchem nur ihre hugenottische Schwiegermutter näher definiert war. Tatsächlich aber hatte ihr Sohn James Elroy, in der Ausdrucksweise der Nazis, nur eine „arische“ Grossmutter. Das erklärt, warum er in den Kreisen der unter dem Namen „Bloomsbury“ bekann-

ten literarischen Gruppe, der er als Student in Cambridge nahestand, als Jude betrachtet wurde; so war vielleicht auch sein Hingezogenensein zum Orient zu erklären. T.E. Lawrence, mit dem er eng befreundet war, hebt Fleckers „jüdisches“ Aussehen und Benehmen hervor. Seine Mentalität, sein ganzes Gehaben, seine Kenntnis von Sprachen, sein Geruchssinn, all das war nach Lawrence's Meinung typisch „jüdisch“. Trotz der einen arischen Grossmutter! Über die Lebensgeschichte Fleckers, der ein kranker unglücklicher Mensch war, zu berichten, würde über den Gegenstand dieser kleinen Ergänzung hinausgehen.

ROBERT WELTSON

Redaktion: Tel-Aviv, Rambamstr. 15, P.O.B. 1430, Tel. 614411. Anzeigenannahme: Feiner & Yossef, Tel-Aviv, Alonby Ed. 94, P.O.B. 4111, Tel. 615041. Herausgeber: Bitan Ltd., Tel-Aviv, Rambamstr. 15. Verantwortlich: Dr. Har-Tramer, Tel-Aviv. Registriert als Zeitung beim Hauptpostamt Jerusalem. Druck: Ariel Press Ltd., Tel-Aviv.

BLICK in die WELT

DER RING UM NIXON SCHLIESST SICH

Langfristige Aspekte der Energie-Krise, schwellende Inflation und anschwellende Arbeitslosigkeit trieben die USA in den letzten Wochen an den Rand einer Rezession und belasten bedenklich ihr wirtschaftliches Wachstum. Doch aus den Schlagzeilen der Massenmedien wurden diese Probleme von einer nunmehr schon zwei Jahre alten Sensation vertrieben: Watergate, bzw. die Auswirkungen dieser Affäre auf die politische Zukunft von Präsident Richard Milhous Nixon.

Seit Monaten trotz Nixon allen Zweifeln und Widersachern, der öffentlichen Meinung, dem Kongress, verschiedenen Untersuchungsgremien und den Justizbehörden, wurde aber jetzt in die Ecke gedrängt und musste erstens die lange verweigerter Tonbandaufnahmen seiner Gespräche im Weissen Haus über den Watergate-Fall dem Gericht übergeben, und sich — zweitens — mit der Unvermeidbarkeit einer Debatte über seine Amtsenthebung (impeachment) im Kongress abfinden.

DER PRÄSIDENT STEHT NICHT ÜBER DEM GESETZ

Der erste schwere, schmerzliche Schlag kam, als acht der neun Mitglieder des Obersten Gerichtes einstimmig ihrem Präsidenten darlegten, dass er nicht über den Gesetzen und der Konstitution stehe, sondern ihnen wie jeder andere Bürger der USA unterworfen ist. Das Gericht — darunter drei Richter, die von Nixon selbst nominiert worden waren — forderte den Staatschef auf, „ohne jede weitere Verzögerung“ dem Richter die 64 Tonbandaufnahmen zu übergeben, die Sonderstaatsanwalt Leon Jaworski seit sieben Monaten vergebens reklamiert hatte. Laut Jaworski beweisen diese Tonbänder eindeutig, dass Nixon über den ganzen Verlauf der Watergate-Affäre informiert und an den Bemühungen, alle Enthüllungen über diesen Fall im Keim zu ersticken, direkt beteiligt war.

Nixon, der noch wenige Tage zuvor angekündigt hatte, er würde seinen Widerstand auch nach einem negativen Beschluss des Obersten Gerichtshofes nicht aufgeben, streckte jedoch plötzlich die Waffen und erklärte sich bereit die unstrittenen Tonbänder anzuliefern, was seine Anwälte inzwischen auch schon getan haben. Diese Tonbänder sind zumindest Indizien, wenn nicht sogar klare Beweise, für Nixons Mitwisserschaft über die Watergate-Machenschaften, denn sonst hätte er sich ja nicht so

krampfhaft ihrer Auslieferung widersetzt.

Doch indessen zog am Horizont eine noch ernstere Bedrohung Nixons auf, nachdem der Justizausschuss des Abgeordneten-Hauses mit einer soliden Mehrheit von Vertretern beider Parteien sich für ein Impeachment-Verfahren gegen den Präsidenten vor dem Senat aussprach: Es gebe keinen anderen Ausweg aus der Watergate-Krise, als das Verfahren über die Amtsenthebung des Präsidenten durchzuführen und soweit als nur möglich völlige Klarheit über diesen trüben Fall zu schaffen, lautet das Votum. Dabei hat der Ausschuss drei von fünf gegen Nixon erhobene Vorwürfe als berechtigt befunden und zwar:

„1) Der Präsident habe versucht, die Watergate-Untersuchung zu stören oder zu verhindern; er habe falsche Zeugenaussagen ermutigt, die Bestechung zumindest eines Zeugen der Anklage zugelassen, ferner versucht, die CIA (Geheimdienst) einzuschalten, um die Untersuchung zu erschweren und die Nachforschungen des FBI (Bundeskriminalamt) behindert.

2) Der Präsident habe sein Amt und seine Vollmachten missbraucht und Verstöße gegen die Verfassung begangen oder zugelassen. Er habe gestattet, dass die Rechte amerikanischer Bürger durch illegale Abhörgeräte und Überwachungen beeinträchtigt werden, und er habe die Einkommensteuer-Behörden eingeschaltet, um seine Widersacher unter Druck zu setzen.

3) Schliesslich wird der Präsident eines mit seinem hohem Amt unvereinbaren Verhaltens beschuldigt, u.a. weil er sich weigerte, offiziellen Untersuchungskommissionen Material und Beweise zu übergeben, die für die Rechtsfindung notwendig waren.

VOBERBEREITUNGEN ZUM IMPEACHMENT-VERFAHREN

Der weitere Verlauf des Verfahrens ist schon jetzt ziemlich klar. Am 19. August werden die Empfehlungen der Justizkommission vom Plenum des Abgeordnetenhauses erörtert werden in einer Debatte, die wahrscheinlich mehrere Wochen in Anspruch nehmen wird, obwohl ein Votum des Hauses bereits vor dem 2. September (in Amerika „Tag der Arbeit“) erwartet wird. Wenn das Abgeordnetenhause die Anklage gegen Nixon bestätigt, würde wenige Wochen später, etwa Ende September, der Senat als Sondergerichtshof diesen Fall behandeln und zwar unter dem Vorsitz des

Präsidenten des Obersten Gerichtshofes Warren Burger, wobei jedoch ein etwaiger Schuldspruch nur mit Zweidrittel-Mehrheit erfolgen könnte.

Inzwischen hat der Wortführer der (demokratischen) Mehrheit im Senat, Senator Mike Mansfield, schon Vorbereitungen für das künftige Verfahren gegen den Präsidenten getroffen. Laut Mansfield wird der Senat wöchentlich sechs Sitzungen abhalten, um die Behandlung des Falles so bald als möglich zu beenden. Es sei jedoch nicht anzunehmen, dass der Senat schon vor der ersten November-Woche 1974 zu einem Urteil gelangen wird, was in politischen Kreisen, besonders bei der republikanischen Partei, sehr bedauert wird, weil Anfang November Kongress-Wahlen stattfinden, die natürlich durch den Verlauf des Verfahrens stark beeinflusst sein werden. Die Republikaner befürchten, dass ihre Erfolgsaussichten bei diesen Wahlen (bei denen ein Drittel aller Sitze im Senat und Abgeordnetenhause neu besetzt werden) durch den Watergate-Skandal ernstlich beeinträchtigt werden. Nach den letzten Umfragen wollen nur 23 Prozent aller Amerikaner für republikanische Kandidaten stimmen, während die Demokraten auf 44 Prozent der Wählerstimmen rechnen dürfen. Noch kennzeichnender für das in der amerikanischen Öffentlichkeit zur Zeit herrschende Unbehagen ist jedoch die Tatsache, dass nicht weniger als 33 Prozent der Amerikaner sich gegenwärtig als „unabhängig“ bezeichnen, eine Formulierung, mit der sie ihre Abneigung gegen Politik und Politiker und ihr Misstrauen gegenüber den beiden sich in den USA die Herrschaft teilenden Parteien betonen wollen.

Klar ist indessen, dass die höchstwahrscheinlich unvermeidbare Abstimmung über die Amtsenthebung massgebend beeinflusst werden wird. Falls es gelänge, die Urteilsfällung noch vor dem Wahltag vorzunehmen, würde Präsident Nixon zweifelsohne schuldig befunden und seines Amtes enthoben werden, weil nur wenige republikanische Senatoren gewillt zu sein scheinen, der Öffentlichkeit zu trotzen und sich mit dem Präsidenten zu identifizieren, dem laut einem Referendum Ende Juli nur noch 23 Prozent der amerikanischen Wahlbürger Vertrauen schenken. Nach den Wahlen dürfte die Lage jedoch völlig anders sein. Tatsächlich werden dann zweifelsohne die meisten republikanischen Senatoren wieder ihrer Partei Treue wahren, d.h. für die Niederschlagung der

Anklage gegen den Präsidenten stimmen, der ausserdem auf mehrere Stimmen von demokratischen Senatoren aus den Südstaaten zählen kann.

Nixon persönlich scheint, — wohl mit Recht, — überzeugt zu sein, dass der Senatsbeschluss auf jeden Fall erst nach den Wahlen erfolgen wird und rechnet deshalb mit einem Freispruch wegen fehlender Zweidrittel-Majorität. Unter diesen Umständen nimmt es nicht Wunder, dass er weiterhin hartnäckig jede Möglichkeit einer Demission ablehnt. Bis vor wenigen Tagen hoffte Nixon sogar noch, eine Entscheidung im Abgeordnetenhause werde zu seinen Gunsten ausfallen und den Prozess vor dem Senats-Plenum verhindern, doch inzwischen glauben selbst Pro-Nixon-Optimisten, das Abgeordnetenhause werde sich mit mindestens 65 Prozent der Stimmen für die Anklage-Erhebung aussprechen.

Der Präsident legt ein Teilgeständnis ab

Unter diesen Umständen kam Nixons Teilgeständnis reichlich spät. Wenn er nunmehr zugibt, wesentliche Informationen zur Watergate-Affäre sogar seinen eigenen juristischen Beratern vorzuenthalten zu haben, und sich darüber im klaren ist, dass diese Eingeständnis seine Chancen, glimpflich wegzukommen, erheblich zu verschlechtern geeignet ist, so wird diese neue Taktik des Weissen Hauses den Präsidenten vermutlich nicht mehr vor der politischen Verfehlung retten. Ihm bleibt nur die vage Hoffnung, dass sein nunmehriger „Freimut“ den einen oder anderen Senator doch zu einer mildernden Beurteilung der Verfehlungen seines Präsidenten veranlassen wird.

Zwar ist durchaus möglich, dass sich keine Zweidrittel-Mehrheit für einen Schuldspruch finden wird, doch ein solcher Freispruch würde keineswegs eine Rehabilitierung des Präsidenten bedeuten, sondern lediglich die politische Situation in Amerika widerspiegeln. Es könnte à la longue sogar äusserst negative Folgen für die politische Moral, die Einstellung des amerikanischen Volkes zu seinen gewählten Vertretern, zur Justiz und zur Konstitution der USA haben, — eine Entwicklung, der trotz allem damit verbundenen Misslichkeiten die Amtsenthebung von Richard Milhous Nixon vorzuziehen wäre.

HENRI ZOLLER

Sebastia und die Folgen (Schluss)

einsehen, die doch ebenfalls wissen dürften, was die Erhaltung unserer militärischen Kraft kostet!

Zieht man das alles in Betracht, so muss man gestehen, dass die Erklärung von Ministerpräsident Rabin zu dieser Angelegenheit vor der Knesset enttäuschend war. Der Ministerpräsident hat zwar den Disziplinbruch gerügt, er hat die ganze rein politisch aufzufassende Demonstration verurteilt und sich darauf berufen, dass lediglich die Regierung befugt ist zu beschliessen, wann und wo ein Siedlungspunkt errichtet werden soll. Dem ist in formaler Hinsicht absolut zuzustimmen. Was aber fehlte, war die eindeutige und unmissverständliche Erklärung, dass wir unter den obwaltenden politischen Gegebenheiten, wenn die bevorstehenden Verhandlungen in Genf überhaupt eine Aussicht auf Erfolg haben sollen, von allen jüdischen Ansiedlungen (ausser zu den erforderlichen militärischen Zwecken) auf dem besetzten arabischen Territorium des Westufers, also in Samaria und Judäa, Abstand nehmen müssen. Er hat nicht die Formel, „der Schomron, Samaria, gehört uns“, als Demagogie in unserer politischen Realität zurückgewiesen, — auch nicht, als Drohungen von religiöser Seite unter Berufung auf biblische Verheissungen laut wurden, keinen Fussbreit Boden aufzugeben und weitere derartige Versuche im Schomron und in der Jordansenke zu unternehmen.

Er konnte das auch nur schwerlich tun, da sich gerade der ehemalige Sicherheitsminister Mosche Dajan in ziemlich eindeutiger Weise für eine Besiedlung des Westufers ausgesprochen hatte. Dajan glaubt, solche Siedlungspunkte als Verhandlungs-

objekte mit Jordanien gebrauchen zu können. Allerdings betonte auch er, dass der Beschluss über eine derartige Siedlungspolitik nicht durch die wilden Siedler bei Nablus sondern lediglich im Schosse der Regierung gefasst werden darf.

Das alles beweist, dass unsere Regierung nicht unschuldig daran ist, wenn wir noch alle in einer Art Traumland leben. Noch immer glauben wir, dass wir die Basis für einen Frieden mit den arabischen Staaten bestimmen können. Entweder sind die Araber zu einem Frieden bereit, oder es kommt wieder zu einem Krieg, hat Ministerpräsident Rabin an anderer Stelle gesagt. Seit Monaten wird von strategisch und waffentechnisch geschulten Sachverständigen die Frage diskutiert, ob der Golan einen Krieg lohnt, doch Jizchak Rabin, der es doch ebenfalls wissen müsste, erklärt apodiktisch, Syrien müsse auf den Golan verzichten. Was ist nun richtig?

Und dabei sei die Frage erlaubt, ob die Berufung auf den nationalen Willen der jungen Generation, die doch die Hauptlast eines neuen Krieges zu tragen hätte, überhaupt zutreffend ist. Nach unserem Eindruck sollte man mit derartigen Behauptungen etwas vorsichtig sein. Gewiss wird, das unterliegt keinem Zweifel, unsere Jugend ihre Pflicht tun. Aber sie hofft, und das ist ebenso zweifelsfrei, auf eine politische Lösung, und sie sehnt sich nach einer friedlichen Entwicklung! Und gerade deshalb kann Krieg kein Ausweg sein und nur dann eine Alternative darstellen, wenn alle, aber auch wirklich alle vertretbaren Möglichkeiten einer Regelung politischer Art erschöpft sind. Dazu gehört aber, dass die Regierung jedwede Doppelzüngigkeit aufgibt und das Volk darüber aufklärt, was unerlässlich ist, was erreichbar erscheint, und worüber man überhaupt zu verhandeln gedenkt. Mit einem halben Ja und verklausulierten Formulierungen werden wir nicht durchkommen, wenn wir in Genf Rede und Antwort stehen sollen. Und nach Genf müssen wir gehen, diesen Versuch einer Einigung müssen wir unternehmen. Diese Chance dürfen wir nicht auslassen, und eigentlich sollten wir es sein, die auf diese Verhandlungen drängen. Jedenfalls sollten sie in all unseren Überlegungen Vorrang haben.

Nur durch Verhandlungen haben wir Aussicht, eine annehmbare Regelung zu erreichen. Dazu gehört aber, und das ist Aufgabe der Regierung, dass wir uns in Erinnerung rufen, dass der 1967 eroberte und besetzte Bo-

den nicht unser Eigentum ist. Die schwere Erziehung, die zu dieser Erkenntnis notwendig ist, muss die Regierung nun endlich mit allem Ernst und in aller Aufrichtigkeit auf sich nehmen. Was in anderen Staaten durch mutige und beherzte Politiker gelungen ist, sollte auch bei uns durchführbar sein. Aber es muss der ehrliche Wille dahinter stehen. Die Affäre Sebastia könnte, sollte und müsste uns lehren, welcher Schaden durch Zweideutigkeit entsteht. Die Folgen, die der Rummel um Sebastia nach sich ziehen wird, sind nur dadurch wiedergutzumachen, dass wir eindeutig und ohne Vorbehalte erklären, dass wir den Frieden wollen. Zu einem Frieden kann es aber nur kommen, wenn wir wissen, dass er nur um den Preis territorialer Verzichte erreichbar ist. Wenn sich diese Erkenntnis in unseren Reihen durchsetzt, dann war Sebastia vielleicht sogar eine lehrreiche Episode. HANS TRAMER

Brief an die Redaktion

„HONEST TO GOD“

Zu dem interessanten Artikel von Anni Löwenstein „Wandel in der Kibbuz-Erziehung“ möchte ich mir eine kleine Ergänzung erlauben.

In dem Gedicht von Yariv Ben Aharon ist nicht nur der angeführte Vers (Exodus 15:11), sondern auch seine Auslegung in den Quellen belegt. Es handelt sich um ein Wortspiel. In der Bibel heisst es, in rhetorischer Frage

מי כמוך באלים ה'

„Wer ist wie Du... unter den Mächtigen?“ (Elim)

Daraus macht der grosse Mischna-Lehrer und Diskussionsgegner Rabbi Akibas, Rabbi Jismael, in rebellischer Frage:

מי כמוך באלימים ה'

„Wer ist wie Du... unter den Stummten?“ (Lmim)

Dies ist einer der garnicht seltenen Beiträge der rabbinischen Theologie zu dem modernen Thema „Honest to God“, aufrichtig zu Gott.

ERNST SIMON, Jerusalem

Film

„Cinderella Liberty“

Kino Ben Jehuda, Tel-Aviv

Darryl F. Zanuck, der Autor des Romans „Cinderella Liberty“ („Ur-laub bis Mitternacht“), der auch das Szenario für seinen Film verfasste, ist ein Dichter, der in diesem Roman und Film viel Autobiographisches verarbeitet hat. Filme aus dem Leben von Seeleuten („In jedem Städtchen ein anderes Mädchen“) hat es schon unzählige gegeben, und die Geschichte von John Baggis ist auf den ersten Blick nicht viel anders als viele ihrer Vorgänger. Nur der Held fällt diesmal aus dem Rahmen. Denn dieser Seemann sieht bei seinen nächtlichen Exkursionen durch die Amüsierlokale, Strip-Joints und Bars der ungenannten amerikanischen Hafenstadt nicht nur reizvolle leichte Mädchen, die nach den vollen Geldbeuteln der Seeleute schielen, sondern sein scharfer klarer Blick dringt weiter vor: er erkennt auch die Not und das Elend dieser am Rande der Gesellschaft dahinvegetierenden Kreaturen, und dieser Einblick führt an sein einfaches aufrichtiges Herz. Plötzlich verliebt er sich in solch ein Hafen-

mädchen und will sie sogar heiraten. Doch die Welt fällt nicht aus den Fugen ob seines Entschlusses. Auch wenn seine Vorgesetzten John Baggis für verrückt halten, geht alles seinen Gang weiter, und das Schicksal selbst bewahrt schliesslich den ehrenwerten Seemann vor der Realisierung seines Plans.

Mark Rydal, der Televisionsregisseur, der seinerzeit mit der Verfilmung der Lawrenceeschen Novelle „Der Fuchs“ viel Anerkennung erntete, fotografiert seine romantische und „moralische“ Seemannsgeschichte fast durchweg in halbdunklen Farbtönen der Abend- und Nachtstunden und fand in James Caan einen ausdrucksstarken Verkörperer seiner Idee. Marsha Mason ist die reizvolle Partnerin dieser bitterrüsen Liebesgeschichte, und Eli Wallach, als ehemaliger, aber inzwischen gefallener Vorgesetzter des Helden, gab zu den Ereignissen seine laufenden Kommentare.

S. BEN-JAAKOW

Ludwig Blum, der bekannte Maler, ist im Alter von 83 Jahren gestorben. Er war in Mähren geboren und seit 1923 in Jerusalem ansässig.

Das IPO hat sich auf Einladung der südafrikanischen zionistischen Föderation auf eine zweiwöchige Konzerttournee nach Südafrika begeben mit den Dirigenten Werner Torkanowski und Schalom Ronli-Riklis. — Im Oktober fährt das Orchester auf Initiative des UJA nach den USA und wird dort 21 Konzerte geben.

Die beiden Privatkrankenkassen „Amamit“ und „Merkasit“ (zusammen 170 000 Mitglieder) haben sich zur „Kupat Cholim Meuchedet“ zusammengeschlossen.

Über hunderttausend Bewohner Israels sind in der ersten Hälfte 1974 ausgereist, gibt das Zentralamt für Statistik bekannt. In den drei Monaten von April bis Juni betrug die Zahl der Ausreisenden im Monatsdurchschnitt 22 000, im Juli und August dürfte sie je 50 000 erreichen, im ganzen Jahr 1974 etwa eine viertel Million.

Allwöchentlich

ERGÄNZUNG

In dem Aufsatz von Dr. Ervin Lichtenstein „Selbsthilfe und Selbstbewusstsein“ („MB“ vom 2. August 1974) sind leider nicht alle Namen genannt worden, die der Geschäftsführung des „Zentralausschusses für Hilfe und Aufbau“ und dem Präsidialausschuss der Reichsvertretung in den Jahren von 1933—1938 angehörten. Der Vollständigkeit halber führen wir sie hier noch einmal auf. Die Geschäftsführung des Zentralausschusses für Hilfe und Aufbau bildeten nach Ludwig Tietz: S. Adler, Rudel, Friedrich Borchardt, Friedrich Brödnitz, Paul Epstein, Max Kreuzberger und Werner Senator, Zum Präsidialausschuss der Reichsvertretung gehörten neben Dr. Leo Baeck: Kurt Alexander, Rabb. Max Gruenewald, Otto Hirsch, Rabb. Jakob Hoffmann, Abraham Horowitz, Georg Josephthal, Alfred Klee, Leopold Landenberger, Franz Meyer, Adolf Michaelis, Siegfried Moses, Julius S. Seligson, Heinrich Stahl. DIE RED.